

Niederschrift über die 48. Sitzung des Kreistages
Unstrut-Hainich-Kreis vom 01.04.2019

Tagungsort: Berufsschulzentrum des Unstrut-Hainich-Kreises, „Audimax“
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:00 Uhr

Vorgeschlagene Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Berichterstattung des Landrates aus der Verwaltung
- 5 Anfragen aus dem Kreistag
- 6 Bürgeranfragen
- 7 Genehmigung der Niederschrift der 42. Sitzung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis vom 24. Oktober 2018
- 8 Genehmigung der Niederschrift der 43. Sitzung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis vom 14. November 2018 (Dringlichkeitssitzung)
- 9 Genehmigung der Niederschrift der 44. Sitzung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis vom 28. November 2018
- 10 Bestellung eines Verbandsrates und eines stellvertretenden Verbandsrates in den "Nordthüringer Zweckverband Rettungsdienst"
- 11 Fortschreibung des Schulnetzes - Erweiterung der Thüringer Gemeinschaftsschule " Brückenschule " in Aschara um den Primarschulteil Klasse 1 bis 4
- 12 Zustimmung zur Änderung des Gesellschaftervertrages der Hufeland Klinikum GmbH
- 13 Antrag der CDU-Fraktion: Entwicklung einer Handy-App für den Abfallwirtschaftsbetrieb Unstrut-Hainich-Kreis

Nichtöffentlicher Teil

- 14 Vergabe der Leistungen zur Lieferung von Abfallsammelfahrzeugen

Zum TOP 01 **Eröffnung und Begrüßung**

Die stellv. Kreistagsvorsitzende, Frau Listemann, eröffnete die Sitzung des Kreistages und begrüßte die Kreistagsmitglieder, den Landrat, die Gäste, den Vertreter der Presse sowie die Mitarbeiter des Landratsamtes.

Frau Listemann gedachte der verstorbenen Kreistagsvorsitzenden Frau Ilona Bußlapp mit folgenden Worten:

„Mit Bestürzung haben wir das plötzliche Ableben unserer Kollegin Frau Ilona Bußlapp zur Kenntnis nehmen müssen. Mit ihrem Tod verlieren wir eine engagierte und kompetente Lokalpolitikerin.

Frau Ilona Bußlapp war seit 1990 Mitglied des Kreistages, zuerst in Bad Langensalza und nach der Gebietsreform im Unstrut-Hainich-Kreis.

Seit 1990 gehörte Frau Bußlapp dem Gemeinderat Herbsleben an. Sie war dort mehrere Jahre als Beigeordnete tätig.

Frau Bußlapp war seit 2014 stellvertretende Kreistagsvorsitzende. Und am 16.Mai 2018 haben wir sie zu unserer Vorsitzenden gewählt.

Frau Bußlapp war eine Lokalpolitikerin, die bei ihren Entscheidungen immer den Menschen in den Vordergrund stellte. Sie zeichnete sich durch ihre höfliche Art, ihre Bescheidenheit und vor allem durch ihre menschliche Güte aus. Frau Bußlapp war stets sachlich, respektvoll und herzlich. Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.“

Sie bat alle Anwesenden der Kreistagsitzung um eine Gedenkminute.

Frau Listemann führte aus, dass durch den Tod von Frau Bußlapp das sogenannte „Nachrücker Verfahren“ eingeleitet werden musste.

Nachrücker für Frau Bußlapp in den Kreistag sei Frau Katrin Seeber. Frau Seeber habe am 27.03.2019 ihr Kreistagsmandat angenommen. Daher sei Frau Seeber heute zu vereidigen.

Der Landrat nahm die Verpflichtung gemäß Thüringer Kommunalordnung § 103 Abs. 2 ab.

Frau Seeber gab die Verpflichtung in folgendem Wortlaut ab:

„Ich verspreche, ich werde meine Pflichten als Kreistagsmitglied gewissenhaft erfüllen und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Freistaates Thüringen sowie die Gesetze wahren.“

Anschließend verpflichtete der Landrat Frau Seeber per Handschlag mit den Worten:

„Hiermit verpflichte ich Sie, gemäß §103 Abs. 2 der Thüringer Kommunalordnung zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Pflichten.“

Zum TOP 02 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Frau Listemann gab bekannt, dass sich derzeit 38 Kreistagsmitglieder im Saal befinden würden und somit die Beschlussfähigkeit gegeben sei. Die Einladung sei ordnungsgemäß erfolgt.

Anwesende Kreistagsmitglieder laut Anwesenheitsliste:

CDU-Fraktion

Bade, Volker
Conrad, Matthias
Hentrich, Marcel
Holzapfel, Elke
Hunstock, Manfred
Kühler, Tobias
Lehmann, Annette
Pöhler, Volker
Roth, Hans-Joachim
Dr. Scharf, Eberhard
Urbach, Jonas

Fraktion Freie Wähler UH

Kästner, Andreas
Karnofka, Thomas
Menge, Hans-Martin
Montag, Karl-Josef
Reinz, Matthias
Seeländer, Sandro

FDP

Büchner, Frank
Kruspe, Horst

Parteilose Kreistagsmitglieder

Schiel, Marvin

SPD-Fraktion

Bötticher, Winfried
Dr. Bruns, Johannes
Gött, Jürgen
Haase, Joachim
Henning, Andreas
Dr. Jagemann, Kay-Uwe
Klupak, Jörg
Listemann, Carmen
Niebuhr, Matthias
Wacker, Martin
Witt, Roswitha
Zanker, Claudia

Fraktion Die Linke

Eger, Cordula
Haßkerl, Uwe
Mros, Norbert
Pollak, Petra
Seeber, Katrin
Rebenschütz, Anja

Die Grünen

Gaßmann, Tino
Jung, Maria

entschuldigt fehlten:

Kubitzki, Jörg
Ortmann, Monika
Wronowski, Torsten
Schönau, Bernhard

unentschuldigt fehlten:

Mascher, Reinhard
Möller, Monique

Zum TOP 03 **Bestätigung der Tagesordnung**

Es gab keine Wortmeldungen.

Frau Listemann rief zur Abstimmung über die Tagesordnung auf. Sie wurde mit 38 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Zum TOP 04 **Bericht des Landrates aus der Verwaltung**

Der Landrat wolle mitteilen, dass die derzeitige Mitarbeiterin des Regionalmanagement mit dem morgigen Tag in ein Beschäftigungsverbot eintreten werde. Ab dem 01.04.2019 sei eine Neueinstellung einer Elternzeitvertretung geplant. Die Personalmaßnahme müsse noch durch den Personalrat bestätigt werden.

Zum Bürgerservice und dem mobilen Bürgerservice könne man sagen, dass seit September 2003 Standorte in Bad Langensalza und Mühlhausen eingerichtet worden. Seit November 2012 wäre der Bürgerservice auch in Bad Tennstedt und in Schlotheim. Im Februar 2018 kamen dann die Orte Hüpstedt, Großengottern, Oberdorla, Menteroda, Diedorf, Lengenfeld unterm Stein und Bickenriede hinzu und seit dem 01. April 2019 habe man einen neuen Beratungsstandort in Kirchheilingen mit Dorfkümmerer der Stiftung „Landleben“.

Im Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ sei ein vorläufiger Zuwendungsbescheid über 476.913,77 € aus Mitteln des Landesprogramms Familie am 26.03.2019 eingegangen. Die Gesamtsumme betrage 635.885,02 €. Der Kreis habe 30% Eigenanteil zu leisten. Bewilligungsbescheide für die Bestandseinrichtungen werden zum 09.04.2019 ausgefertigt. Das Elternprogramm „Individuelle Elternbegleitung“ starte in der 1. Aprilhälfte. Es seien 20 Anträge für Mikroprojekte eingegangen und die Gruppenangebote für Elternbegleitung werden am 01. April 2019 im Fachbereich für mehr Chancengerechtigkeit und Mitte April im Kreisausschuss votiert, so dass die Bescheide bis Ende April 2019 erfolgen. Der Termin für die Übergabe der Bescheide der Bestandsprojekte sei am 11.04.2019. Des Weiteren wäre der Termin für die Übergabe der Bescheide für die Mikroprojekte am 25.04.2019.

Bei den Vergaben im Zusammenhang mit Investitionen sei der Stand wie folgt:

Planungsleistung Elektroinstallation RS Bad Tennstedt; LP 0-3

- Vergabebeschluss im Kreisausschuss: 08.04.2019

Planungsleistung barrierefreier Umbau RS Bad Tennstedt; LP 0-3

- Vergabebeschluss im Kreisausschuss: 08.04.2019

Planungsleistung Gebäudeautomation RS Ammern; LP 0-3

- am 05.04.2019

Planungsleistung Heizung/ Sanitär RS Am Forstberg MHL; LP 0-3

- Vergabebeschluss Im Kreisausschuss: 15.04.2019.

Es seien am 25.03.2019 Vergaben für das Salza Gymnasium erfolgt. Diese beinhalten die Elektrotechnik, Sanitär, Gerüstbau Tief- und Rohbau.

Weiterhin habe man geplante Ausschreibungen für das Salza Gymnasium.

grundhafte Sanierung

- Vergabebeschluss im Kreisausschuss: 15.04.2019

Außentüren , Fenster, Raffstores

- Vergabebeschluss im Kreisausschuss: 15.04.2019

Wärmedämmverbundsystem

- Vergabebeschluss im Kreisausschuss: 06.05.2019

Ausschreibungen in Vorbereitung wären momentan für die GS Margaretenschule in Mühlhausen zwecks Neugestaltung Schulhof.

- Vergabebeschluss im Kreisausschuss: 13.05.2019

Zaun und Toranlagen

- Vergabebeschluss im Kreisausschuss: 13.05.2019

Des Weiteren seien für die GS Bad Tennstedt die Heizungsinstallation und die Sanitärinstallation in Vorbereitung.

Es seien noch Vergaben für das Salza Gymnasium angedacht. Diese betreffen die Dachdeckerarbeiten, den Aufzug, die Innentüren und die Maler- und Trockenbauarbeiten.

Im Fachdienst Straßenverkehr gäbe es zurzeit Vorbereitungen für den Ersatzneubau der Brücke über die Frieda in Lengenfeld/Stein. Beginnen solle die Maßnahme im August/September 2019 und für die Fertigstellung sei der Sommer 2020 angedacht. Die Gesamtkosten würden sich auf ca. 850 T€ belaufen.

Ebenfalls sei mit dem Vergabeverfahren im Fachdienst Straßenverkehr (ÖPNV) im Februar 2018 (Vorabbekanntmachung im Europäischen Amtsblatt) begonnen wurden. Es fanden auch notwendige Vertragsverhandlungen mit den Verkehrsgesellschaften statt. Am 29.04.2019 werde dazu im Haushalts- und Finanzausschuss zu sprechen sein. Geplant sei die Vergabe dieser Leistung am 13.05.2019 im Kreistag.

Zum Sachstand „Lernen am anderen Ort“ sei zu den Mühlhäuser Museen zu sagen, dass die Vereinbarung zwischen dem Landkreis und den Mühlhäuser Museen am 12.12.2018 abgeschlossen wurde. In die HH-Satzung des Jahres 2019 seien 30.000 € in einer Haushaltsstelle für die Umsetzung der Projekte eingestellt.

Im November 2018 erfolgte die Vorbereitung der bis jetzt vier geplanten Einzelprojekte.

Seit März 2019 wurde mit der GS Ammern und dem Kinderbuchillustrator Sebastian Köpcke aus Berlin ein Projekt zur Gestaltung von Comics durchgeführt, die die Welt

der alten Legenden und Erzählungen aufgreifen. Die Ergebnisse werden derzeit im Museum präsentiert.

Im Mai werde ebenfalls ein Comic-Projekt mit der 7. Klasse des Gymnasiums Großengottern und Herrn Köpcke durchgeführt, welches sich mit dem Leben Thomas Müntzers, der Reformation und dem Bauernkrieg beschäftigen wird.

Nach den Sommerferien werde ein Projekt mit der RS Petri stattfinden. Hier sollen Texte für Audioguides für die Ausstellung „Luthers ungeliebte Brüder - Alternative Reformationsideen in Thüringen“ erarbeitet werden. Im September sei geplant, mit der RS Bad Tennstedt und anderen Partnern, wie der Jugendkunstschule, einen Kunstführer durch die Ausstellung in St. Marien für Kinder zu erarbeiten.

Die finanzielle Unterstützung verlaufe entsprechend den Regelungen der Vereinbarung. Bisher wurden den Museen Honorarkosten und geringe Sachkosten für die Bearbeitung des 1. Projektes erstattet.

Beim 3K-Kunst, Kultur, Kommunikation e.V. sehe es so aus, dass man mit dem Verein die Vereinbarung für die Durchführung der Projekte „Lernen am anderen Ort“ ebenfalls am 12.12.2018 abgeschlossen habe. In der HH-Satzung des Jahres 2019 seien ebenfalls unter einer Haushaltsstelle 30.000 € für die Absicherung der Projektarbeit eingestellt. Hier unterstützte der Landkreis die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für einen Theaterpädagogen.

Mit großen Bemühungen sei es gelungen, eine entsprechende Fachkraft für die Erarbeitung und Umsetzung theaterpädagogischer Konzepte zu finden.

Bis zum Sommer 2019 werde die gewonnene Kraft auf Honorarbasis geplante Projekte betreuen, ab dem 01.09.2019 werde es dann zu einer Anstellung kommen.

Mit der Gemeinde Vogtei/ Kulturausstellung Opfermoor konnte keine Vereinbarung geschlossen werden.

Es werden jedoch weitere Partner für die Umsetzung von Ideen innerhalb des Projektes „Lernen am anderen Ort“ gesucht. Erste Gespräche sind mit dem Verein für Stationärmotoren, historische Landmaschinen und Traktoren e. V. (Technikmuseum) Obermehler und dem BUND in Bad Langensalza geführt worden.

Um Fragen zum TOP 05 (Anfragen aus dem Kreistag) vorzubeugen, möchte er informieren, dass, man möge das mit Vorbehalt sehen, man am 08.04.2019 eine zusätzliche Haushalts- und Finanzausschusssitzung plane. Je nach Erarbeitung wolle man vielleicht eine Dringlichkeitssitzung am 09.04.2019 zum Thema „Zentralisierung“ einberufen und je nach Bearbeitungsstand am 11.04.2019 um 15:00 Uhr eine Dringlichkeitssitzung zum Thema „HSK und Stiftung“ durchführen. Er wolle deutlich sagen, dass es noch Gespräche gebe. Man habe noch keine Beschlussvorlagen und Unterlagen, die man zur Verfügung stellen könne, aber er halte es für wichtig, da es große Themen seien, rechtzeitig zu informieren.

Zum TOP 05 **Anfragen aus dem Kreistag**

Frau Listemann erklärte, dass eine schriftliche Anfrage des Herrn Urbach und des Herrn Gaßmann vorliege.

Anfrage des Herrn Urbach, CDU-Fraktion:

„Ich habe eine Anfrage zum Thema „Digitalisierung“. Im Hinblick auf die Einführung von E-Rechnung und Co. stehen die Verwaltungen vor den Herausforderungen des E-Government.

Ich frage Sie daher: Wie ist der aktuelle Stand der Digitalisierung in der Verwaltung? Welche Maßnahmen sind geplant und wann? In welchen Bereichen können Bürger ihre Anträge bereits jetzt online einreichen? Ich habe noch eine Frage. Ist denn am 13.05.2019 auch eine Kreistagssitzung?“

Der Landrat antwortete, dass die Kreistagssitzung am 13.05.2019 stattfinden werde. Man wolle die Themen „Breitband“ und „ÖPNV“ auf die Tagesordnung nehmen.

Zu der Anfrage der Digitalisierung erklärte er, dass diese von der Verwaltung beantwortet wurde und allen Kreistagsmitgliedern zugegangen sei.

Anfrage des Herrn Gaßmann, „Grüne“:

„Das Thüringer Umweltministerium hat eine neue „Klima-Invest Förderrichtlinie“ auf den Weg gebracht. Neben Investitionen für Klimaschutz werden zukünftig auch Investitionen für die Klima-Anpassung gefördert. Dafür stehen für 2019 6 Mio. € bereit.

Daher frage ich den Landrat:

Für welche Maßnahmen beabsichtigt die Verwaltung eine Förderung zu beantragen und wie ist der aktuelle Sachstand dazu?“

Der Landrat antwortete, dass der Landkreis dieses Jahr zunächst eine Einstiegsberatung Klimaschutz durchführe, die aufzeigen soll, welche Maßnahmen im Verantwortungsbereich des Landratsamtes prioritär in den nächsten Jahren umzusetzen seien.

Diese Einstiegsberatung werde für den Landkreis Klimaschutz als kommunalpolitisches Thema mit folgenden Bausteinen etablieren:

- Strategien und Handlungsfelder des Klimaschutzes und Energiepolitik in der Zuständigkeit des Landratsamtes
- Identifizieren der Handlungsoptionen, Kennenlernen der Instrumente und Fördermöglichkeiten
- Entwurf eines Leitbilds Klimaschutz des Landkreises
- Entwicklung von ersten Maßnahmen und deren Priorisierung
- Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit

- Unterstützung der Kommunen bei deren Klimaschutzaktivitäten (Vernetzung, Koordination), Vernetzung mit weiteren Akteuren in Thüringen und darüber hinaus.

Die Arbeitsgruppe „Klimabeirat“, in die viele Bereiche der Verwaltung, die Klimaschutzbeauftragte und der mit der Einstiegsberatung beauftragte Berater einbezogen wären, werde die Ergebnisse im Laufe des III. Quartals 2019 vorlegen.

Zusätzlich zu der Maßnahme zum Schutz des Klimas, d. h. zur Reduktion klimaschädlicher Emissionen, der Umstellung der Energieversorgung usw. schließe das auch Maßnahmen zum Schutz vor den absehbaren Folgen des Klimawandels ein, insbesondere, welche Instrumente und Förderungen in dem Bereich existieren und für den Landkreis geeignet sind.

Aktuell, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Richtlinie, seien keine Projekte im Bereich Klimawandelfolgen geplant.

Mündliche Anfragen:

Anfrage des Herrn Gaßmann, „Grüne“:

„Sie hatten gesagt, dass im III. Quartal 2019 Ergebnisse vorliegen. Werden die dann im Kreistag hier vorgelegt?“

Der Landrat antwortete mit „Ja“.

Anfrage des Herrn Urbach, CDU-Fraktion:

„Ich wollte noch einmal nachfragen, weil sie es bei der Dringlichkeitssitzung nicht erwähnt hatten. Ich möchte ankündigen, dass wir noch ein Antrag zur Tagesordnung für den 13. Mai 2019 einreichen möchten. Dort geht es dann um das große Papier und zwar: Aussprache zu dem Rechnungsprüfungsbericht aus Rudolstadt. Denn ich denke, wir sollten das Thema durchaus noch einmal bearbeiten. Da sind einige Fragen beim ersten durchsehen aufgetreten, in diesem doch fast epischen Werk. Ein Punkt der immer wieder gern genannt wurde, auch in der Presse, dass der Kreistag diesem und jenem zugestimmt hat. Das ist sicherlich in der Masse der Dinge so, aber ich bitte darauf zu achten, dass geht jetzt nicht direkt an sie sondern im Prinzip eigentlich nach Rudolstadt, dass nicht immer alle Mitglieder des Kreistages einstimmig Entscheidungen treffen. Dieses Bild möchten wir eben nach Außen auch nicht unbedingt gesendet haben.“

Anfrage des Herrn Mros, Fraktion „Die Linke“:

„Ich habe eine Anfrage. In den Altenheimen des Unstrut-Hainich-Kreises wurden in diesem Jahr die Heimkosten zum Teil erheblich erhöht. Ich Frage den Landrat, soweit es zu beantworten ist, sind die Erhöhungen unterschiedlich ausgefallen? Gab es besonders hohe Steigerungen in den Einrichtungen bzw. bei Trägern? Hat der Landkreis Einfluss auf die Erhöhungen, oder kann er das Nachprüfen und welche Auswirkungen haben die Erhöhungen der Heimkosten auf das Sozialamt oder auf den

Landkreis finanziell. Da ich die Anfrage erst heute dem Landrat übergeben habe, bitte ich um schriftliche Beantwortung.“

Anfrage der Frau Jung, „Grüne“:

„Das Schullandheim im Waldschlösschen hat seit August 2018 kein Wasseranschluss mehr. Fließend Wasser gibt es im Moment nicht. Es wird sich mit einem Wasserwagen beholfen. Die Wiederbelebung nach dem Winter und die erste Belegung in diesem Jahr, hat wieder einen Wasserwagen bekommen. Wie sieht es aus mit einer Reparatur, einer Erneuerung der Wasserleitung oder den Fördermitteln die beantragt sind.“

Der Landrat erklärte, dass die Darstellung so grundsätzlich richtig sei. Man habe noch keine Informationen von der zuständigen Behörde. Man warte eigentlich täglich darauf, weil avisiert wurde, dass in der letzten Märzwoche eine Entscheidung getroffen werden sollte. Man habe den 1. April 2019 und er hoffe auf einen positiven Bescheid, weil die Größenordnung von rund 250 T€ zu knapp 3 Mio. € doch sehr bedeutsam sei. Was die Frage der Wasserversorgung angehe erklärte er, dass mit der Stadt bzw. mit dem Zweckverband nach einer dauerhaften Lösung gesucht werde. Es gab Probleme mit der Durchleitungserlaubnis in Bezug auf andere Grundstücke, welche aber nach seinem Kenntnisstand abgeschlossen seien. So dass man davon ausgehen könne, zeitnah zu beginnen. Er wolle im nächsten Kreistag noch einmal darüber berichten.

Anfrage Herr Montag, „Freie Wähler-UH“:

„Ich hatte in der vergangenen Woche eine schriftliche Anfrage gestellt und zwar bezog sie sich auf das Themengebiet „Prüfbericht Thüringer Rechnungshof“. Darin speziell um das Thema „Verfüngsmittel“. Der Rechnungshof hatte in seinem Bericht den Umgang mit den Verfügungsmitteln beanstandet. Dazu hatte ich einige Anfragen und der Landrat schrieb mir am Freitag, dass es auf Grund der Kürze der Zeit nicht möglich sei, diese Fragen zu beantworten. Dabei war es keinesfalls mein Wunsch oder meine Intension der Verwaltung Mehrarbeit zu bereiten. Ich war ganz einfach davon ausgegangen, dass die Fragen die ich gestellt habe, bereits beantwortet waren im Zusammenhang mit der Stellungnahme zum Prüfbericht. Da dem jetzt nicht so ist, bitte ich darum diese Fragen schriftlich zu beantworten oder in der Kreistagssitzung am 13.05.2019.“

Der Landrat antwortete, dass er das nicht so im Raum stehen lassen wolle. Dies erwecke den Eindruck, dass man den Kreistagsmitgliedern Informationen vorenthalte. Er wolle noch einmal ganz deutlich sagen, dass er entsetzt sei, dass Absprachen, welche man im Haushalts- und Finanzausschuss getroffen habe, nach wenigen Stunden nicht mehr eingehalten werden. Die Anfragen zum Rechnungsprüfungsausschuss werden laut Protokoll zum 09.04.2019 beantwortet.

Fakt sei, man beantworte die Anfragen. Hier werde der Eindruck erweckt, dass man das nicht tue. Es sei zwar schönes Wetter, aber die Verwaltung arbeite trotzdem.

Punkt 2 sei, dass sich die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschuss einig waren, dass Schnellschüsse nicht besonders sinnvoll seien. Man habe jegliche Schreiben, welche an das Landesverwaltungsamt gingen, den Kreistagsmitgliedern bekannt gegeben. Da seien auch die CDU Mitglieder anwesend gewesen und es wurde

einstimmig akzeptiert. Er könne sich vorstellen, dass man Themen für die Kreistagswahl, Stadtratswahl und Gemeinderatswahl suche. Er glaube, dass man sich damit in den Finger schneide, denn durch Schlammschlachten werde man keine Wahl gewinnen.

Er werde auch genau raussuchen, besonders bei der Haushaltsführung und Lösung der Finanzprobleme, wie die Kreistagsmitglieder abgestimmt haben, auch in Bezug zu Abstimmungen zum Wohl der Bürger. Da habe die CDU-Fraktion immer schön mitbeschlossen.

Nach 25 Jahren erkenne er mittlerweile, dass die jährlichen Millionen keine Rolle mehr spielen, aber die 50 T€ aus dem Verfügungsfonds des Landrates. Das sei ein Armutszeugnis der Antragsteller und nicht der Bericht des Landesrechnungshofes.

Damit war die Fragestunde beendet.

Zum TOP 06 **Bürgeranfragen**

Bürgeranfrage des Herrn Jendritzky

„Einen wunderschönen guten Tag. Wir stehen nicht gerne im Mittelpunkt, aber man lässt uns keine andere Wahl. Mein Name ist Frank Jendritzky. Ich komme aus Bad Langensalza, bin 54 Jahre alt, dort geboren und das ist meine Lebensgefährtin.

Mein Name ist Katrin Behrend. Ich bin 49 Jahre alt. Es geht um unsere Tochter Vanessa Jendritzky.

Sie ist ausgebildete Ergotherapeutin. Ich bin Speditionskaufmann. Wir gehen arbeiten für einen Hungerlohn. Wir haben 4 gemeinsame Kinder und jeder 2 erwachsene Kinder. Wir hätten vielleicht vor 2 Jahren hier schon mal stehen sollen.

Vor 2 Jahren hat die Firma Jugendamt eine unserer Töchter in Gewahrsam genommen und hat die in ein BRD Kinderheim verschleppt. Kurze Zeit später fängt der sexuelle Missbrauch an. Daraufhin wurde sie in ein anderes, jetzt im Kreis Gotha, verschleppt. In ein Kinderschänderheim. Sie ist dort permanent vergewaltigt und sexuell missbraucht worden und hat jetzt sogar ein Kind bekommen. Alles das wird vom Steuerzahler bezahlt. Diese Verbrecher, die im Jugendamt sitzen. Alles inkompetente Verbrecher die nichts können. Die haben unsere Tochter verschleppt und jetzt verweigern sie uns. Wir hatten bei der Frau Fritzsche schon über die Verwaltung eine Anfrage gestellt und da um Hilfe gebeten, aber das wird alles nur abgewehrt. Ist klar. Wenn einer nur über seine eigenen Verbrechen urteilen soll, das geht ja nicht. Also muss, bitten wir alle Leute, es wird ja anständige Leute geben in diesem Dings. Wir würden das selber nicht glauben was in diesem Land los ist. Das hier Untersuchungsausschuss und diese Leute von diesem Jugendamt, diesen angeblichen Fachkräften, permanent durchleuchtet wird. Auch das Geld, was die jeden Monat bekommen.

Ich will es selber nicht glauben. Was in diesem Land los ist. Da erzählt jemand was von Grundgesetz. Das ist ein einziger Lacher. Was hier abgeht, da wirst du nur verarscht.

Unser Anliegen!

Wir bitten die Leute, die im Kreistag hier was zu sagen haben, zu beschließen. Das unabhängige Leute das untersuchen. Nicht die, die da sitzen. Was da abgeht, das ist unter aller Kanone. Wie gesagt, wir sind ganz normale Leute. Wir sind in der DDR geboren. Wir haben niemanden was getan. Unsere Töchter besuchen ein Gymnasium in Bad Langensalza. Die Leute die neben uns sitzen wohnen in unserer Nachbarschaft. Die haben mit uns jetzt nichts zu tun. Die dürfen sie jetzt nicht. Die arbeiten teilweise auf der Stadt in Bad Langensalza. Das war Zufall, dass wir uns hier getroffen haben. Die haben mit uns nichts zu tun. Dankeschön, das war es.“

Frau Listemann erklärte, dass man der Familie Jendritzky schriftlich antworte.

Weitere mündliche Anfragen wurden nicht gestellt.

Zum TOP 07

Mit der Drucksache-Nr.: KT/069/2019 lag die Verwaltungsvorlage – Genehmigung der Niederschrift der 42. Sitzung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis vom 24. Oktober 2018 – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Listemann rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Die Niederschrift der 42. Sitzung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis vom 24. Oktober 2018 wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich bei 35 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/478-48/19**.

Zum TOP 08

Mit der Drucksache-Nr.: KT/070/2019 lag die Verwaltungsvorlage – Genehmigung der Niederschrift der 43. Sitzung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis vom 14. November 2018 (Dringlichkeitssitzung) – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Listemann rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Die Niederschrift der 43. Sitzung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis vom 14. November 2018 (Dringlichkeitssitzung) wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich bei 29 Ja-Stimmen und 12 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/479-48/19.**

Zum TOP 09

Mit der Drucksache-Nr.: KT/071/2019 lag die Verwaltungsvorlage – Genehmigung der Niederschrift der 44. Sitzung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis vom 28. November 2018 – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Listemann rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Die Niederschrift der 44. Sitzung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis vom 28. November 2018 wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich bei 34 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/480-48/19.**

Zum TOP 10

Mit der Drucksache-Nr.: KT/337/2019 lag die Verwaltungsvorlage – Bestellung eines Verbandsrates in den „Nordthüringer Zweckverband Rettungsdienst“ – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Listemann rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Gemäß § 6 Abs. 1 und 2 der Verbandssatzung des „Nordthüringer Zweckverband Rettungsdienst“ wird anstelle des Verbandsrates Herr Kreisbrandoberamtsrat Lutz Rösener Herr Florian Krieg als Verbandsrat in den Nordthüringer Zweckverband Rettungsdienst bestellt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 41 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/481-48/19.**

Zum TOP 11

Mit der Drucksache-Nr.: KT/336/2019 lag die Verwaltungsvorlage – Fortschreibung des Schulnetzes – Erweiterung der Thüringer Gemeinschaftsschule „Brückenschule“ in Aschara um den Primärschulenteil Klasse 1 bis 4 – vor.

Der Landrat erklärte, dass sich mancher wohl gewundert habe, weil man schon einmal in einer Schulnetzplanung darüber beschlossen habe. Damals habe sich die Gemeinschaftsschule Aschara als Pilotschule für die Errichtung einer TGS beim Bildungsministerium beworben.

Zu den Schulkonferenzen am 16.01.2019 und am 31.01.2019 habe man dem Vorhaben zugestimmt. Er hoffe, dass durch die Beschlussfassung die Zustimmung noch rechtzeitig erteilt werde.

Frau Eger erklärte, dass die Mitglieder des Ausschuss für Kultur, Bildung, Sport, Gesundheit, Jugend, Familie und Soziales empfehlen, der Beschlussvorlage zu folgen.

Frau Pollak führte aus, dass der Haushalts- und Finanzausschuss die Beschlussvorlage einstimmig empfehle. Es gebe keine finanziellen Auswirkungen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Frau Listemann rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Dem Zusammenschluss der Grundschule „Brückenschule,, Aschara mit der Thüringer Gemeinschaftsschule „Brückenschule,, Aschara wird gemäß § 6a Abs. 3 in Verbindung mit § 13 Abs. 3 a ThürSchulG zugestimmt.

Ab 01.08.2019 soll die Thüringer Gemeinschaftsschule „Brückenschule,, Aschara von Klasse 1 bis 10 geführt werden.

Als Kooperationspartner für die gymnasiale Schullaufbahn fungiert weiterhin das Salza-Gymnasium in Bad Langensalza.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 41 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/482-48/19.**

Zum TOP 12

Mit der Drucksache-Nr.: KT/338/2019 lag die Verwaltungsvorlage – Zustimmung zur Änderung des Gesellschaftervertrages der Hufeland Klinikum GmbH – vor.

Der Landrat wolle noch einmal kurz für die, die nicht mit in den Ausschüssen waren, darauf eingehen. Letztendlich sei es nichts Neues. Der Kreistag habe sich damals durch das Landesverwaltungsamt die Aufgabe gestellt, sollte sich die Geschäftsführung ändern, wolle man die Befugnisse des Geschäftsführers minimieren. Man habe dazu eine Gesellschafterversammlung durchgeführt, woraus diese Beschlussvorlage hervorgegangen sei. Nach seinem Kenntnisstand habe der Stadtrat diesen Beschluss schon gefasst. Für die Kreistagsmitglieder sei, auch zum besseren Verständnis, eine Gegenüberstellung durch eine Synopse erarbeitet worden. Man habe einen Kompromiss zwischen der Geschäftsleitung und der Einflussnahme und Kontrolle der Gesellschafter gefunden. Er bitte um Zustimmung.

Frau Pollak erklärte, dass der Haushalts- und Finanzausschuss sich schon im Jahr 2014 sehr umfassend mit dem Gesellschaftervertrag auseinander gesetzt habe. Damals sei es um den Verkauf der Geschäftsanteile gegangen. In diesem Zusammenhang habe man die Befugnisse, welche zu Gunsten der Geschäftsführung eigentlich sehr weit gingen, deutlich kritisiert und gesagt, dass diese noch einmal dringend überarbeitet werden müssen. Nun liege die Beschlussvorlage vor und man

habe ein sehr ausgewogenes Verhältnis in Beziehung der Arbeitsfähigkeit des Klinikums, den notwendigen Investitionen sowie der Absicherung der Gesellschafter. Für ganz wichtig erachte sie, dass Darlehensverträge nicht mehr geschlossen werden dürften, denn das sei in der vorherigen Fassung so gewesen. Der Geschäftsführer habe bis zu 2 Mio. € Darlehen aufnehmen können. Der Ausschuss empfehle mit 1 Enthaltung und 6 Ja-Stimmen der Beschlussvorlage zu folgen.

Herr Pöhler erklärte, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten am 26.03.2019 getagt habe. Man wolle einstimmig der Beschlussvorlage folgen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Frau Listemann rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Der Kreistag des Unstrut-Hainich-Kreises stimmt der nachfolgenden Neufassung von § 12, Abs. 5 des Gesellschaftervertrages der Hufeland Klinikum GmbH zu:

§ 12

Geschäftsführung

5. Ist Dr. Manfred Bohn nicht mehr Geschäftsführer der Gesellschaft, treten die Bestimmungen des § 12 Abs. 3 a) (1) und (2), des § 12 Abs. 3 d) (3) des Gesellschaftsvertrages außer Kraft und werden durch folgende neue Regelungen ersetzt:

3. Der Geschäftsführer bedarf der vorherigen Zustimmung durch Beschluss der Gesellschafterversammlung für alle Geschäfte, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft hinausgehen. Dazu gehören insbesondere:

- a) Geschäftspolitik, Investitionen, Finanzierung:

- (1) Vereinbarung eines Kontokorrentkreditrahmens, der 2.500.000,00 EUR

übersteigt.

- (2) Abschluss von Darlehensverträgen

d) Vertragswesen:

- (3) Eingehung von Geschäften, die im Einzelfall eine größere Zahlungsverpflichtung als 1.000.000 EUR für die Gesellschaft begründen oder Verpflichtungen der Gesellschaft von mehr als jährlich 500.000,00 EUR begründen.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 40 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/483-48/19.**

Zum TOP 13

Mit der Drucksache-Nr.: KT/339/2019 lag die Verwaltungsvorlage – Antrag der CDU-Fraktion: Entwicklung einer Handy-App für den Abfallwirtschaftsbetrieb Unstrut-Hainich-Kreis – vor.

Herr Urbach habe das Thema der Digitalisierung in der Anfrage schon thematisiert. Er wolle noch einen Schritt weiter gehen und um Zustimmung für einen Prüfauftrag an den Abfallwirtschaftsbetrieb des Unstrut-Hainich-Kreis bitten.

Der Kreistag möge beschließen, dass der AWB beauftragt wird zu prüfen, welche Möglichkeiten der Entwicklung einer Handy-App es gebe, die dazu dienen kann, das Angebot des AWB zu erweitern bzw. einfacher zugänglich zu machen.

Es bestehe schon ein Online-Angebot des Abfallwirtschaftsbetriebes, welches auch gut sei. Man könne mittlerweile online die Sperrmüllabholung beantragen und dieser Antrag werde relativ zügig bearbeitet. Man wolle die Möglichkeiten einer Handy-App integrieren und vielleicht auch noch erweitern. Wie eben auch in der Frage der Sperrmüllabfuhr und Abholung von Elektrogeräten, welche auch gesetzlich vorgeschrieben sei. Viele seien sicher gut organisiert mit einer Abfallfibel. Wenn man abends eine Handy-Benachrichtigung bekomme, sei es für ihn und manchen anderen sicher noch einmal sinnvoller, daran erinnert zu werden. Folgende Fragen ständen im Raum: welche Möglichkeiten gebe es, welche Funktionen könne man integrieren und natürlich auch, was koste das. Der Kosten-Nutzen-Faktor müsse natürlich eine Rolle spielen, aber im Abfallwirtschaftsbetrieb seien noch Mittel vorhanden, die man dort sinnvoll einsetzen könne, um den Bürgern den Zugang zu dem Service einfach zu erleichtern.

Ein Punkt, welcher ebenfalls in der Ausschusssitzung am Montag angesprochen wurde, den er auch sehr gut fand, sei gewesen, dass man auch prüfen möge, inwiefern es die Arbeit des AWB erleichtern könne.

Frau Pollak erklärte, dass die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses einen Vorteil hatten, da Herr Urbach Mitglied des Ausschuss sei und seine Vorstellungen zu der Beschlussvorlage darstellen konnte. Man habe darüber diskutiert, dass es erst einmal ein Prüfauftrag sei und Herr Montag, welches auch ein Mitglied des

Ausschusses sei, habe den Vorschlag gebracht, dass man ebenfalls prüfen möge, welche Vorteile es für den AWB dadurch gebe, denn es seien 15 T€ Anschaffungskosten. Der Ausschuss habe einstimmig für die Beschlussvorlage votiert.

Herr Henning wolle nur kurz ergänzen, dass es die Handy-App schon in verschiedenen Landkreisen gebe. Man könne sich vielleicht dort Informationen und Anregungen zu dieser App holen. Die Online-Version für Sperrmüll und Diverses funktioniere schon im Landkreis. Man müsse das Rad nicht neu erfinden.

Herr Gaßmann erklärte, dass es wünschenswert wäre, eine Funktion für illegale Müllabladung mit aufzunehmen. Das könne dann so aussehen, dass, wenn man so etwas entdecke, man quasi bei der Übertragung eines Fotos gleich den Standort mitteile. Zu den Kosten, welche Frau Pollak nannte, sei zu sagen, dass genügend Gebührenrücklagen zur Verfügung ständen.

Herr Dr. Jagemann sei schon ein bisschen erschrocken. Kaum habe man Geld und schon müsse es ausgegeben werden. Ihm erscheine die Summe doch relativ hoch. Er sei auch für eine Erinnerungsfunktion, jedoch gebe es dafür einige Downloads wie zum Beispiel das „AllCall-Format“. Dieses könne man sich auf sein Handy runterladen und habe damit die Funktion. Wenn man aber bei zusätzlichen Funktionen sei, hätte er auch noch einen Wunsch. Man möge schauen, ob man eine „Alexa-Funktion“ machen könne. Das gebe es schon für sehr viele Städte und Gemeinden. Er finde das ganz praktisch und vielleicht könne man das noch mit aufnehmen.

Frau Mülverstedt, die kommissarische Betriebsleiterin des Abfallwirtschaftsbetriebes des Unstrut-Hainich-Kreises, erklärte, dass sie ganz kurz auf die Anfragen antworten wolle. Es gebe bereits die Möglichkeit Sperrmüll und Elektrogeräte online anzumelden. Man könne das über die Homepage des Abfallwirtschaftsbetriebs des Unstrut-Hainich-Kreises tun. Dort gebe es entsprechende Vordrucke. Diese schickt man per Mail an den AWB und erhält zeitnah eine Antwort per Mail. Es gebe ebenfalls den „iCalendar“, welcher hervorragend funktioniere. Man könne mit dem Handy auf die Homepage des AWBs gehen, sich das ganze herunter laden und das System bringe einen dann automatisch auf den Kalender, der im Handy hinterlegt sei. Dort gebe es die Funktion der Erinnerung zum rausstellen der Tonne. Man sei immer bemüht, die Homepage zu modernisieren und voranzutreiben. Man habe täglich 60 bis 70 Anfragen für die Sperrmüllentsorgung per Telefon, bei dem der Bürger gleich einen Termin zur Abfuhr erhalte. Das sei für die Verwaltung ein mächtiger Aufwand. Man wolle ein System entwickeln, bei dem man im Internet, nach der Anmeldung, sich selbst einen Termin auswählen kann. Dieses wolle man gerne für die Zukunft prüfen. Natürlich sei es ein Mehraufwand für die Verwaltung, aber man wisse auch, dass dieser Aufwand sich lohne, weil er möglicherweise zu Einsparungen führe.

Herr Roth wolle anmerken, dass er danach schaue, welche Tonne sein Nachbar rausgestellt habe und dementsprechend stelle er seine Tonne auch raus. Außerdem funktioniere diese App auf seinem kleinen Handy nicht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Der Beschlusstext lautet:

„Der Abfallwirtschaftsbetrieb wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten der Entwicklung einer Handy-App es gibt, die dazu dienen kann, das Angebot des Abfallwirtschaftsbetriebes zu erweitern bzw. einfacher zugänglich zu machen.“

Der Beschluss wurde mit 40 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/484-48/19.**

Frau Listemann gab bekannt, dass man nun zum nichtöffentlichen Teil der Kreistagssitzung komme.

Damit war der öffentliche Teil der Sitzung des Kreistages beendet. Es folgt der nichtöffentliche Teil der Niederschrift.

Nichtöffentlicher Teil der Kreistagssitzung

Damit war die Sitzung des Kreistages beendet. Der Sitzungsverlauf wurde zur Anfertigung der Niederschrift aufgezeichnet.

Listemann
stellv. Kreistagsvorsitzende

Waese
Schriftführerin